Pressemitteilung



Kiel. 20. März 2012 Nr. 095/2012

Lothar Hay und Ulrike Rodust (MdEP):

Öko-Landbau muss wieder dauerhaft gefördert werden!

Ein Bündnis aus Landwirtschafts- und Umweltorganisationen lädt am morgigen Mittwoch zu einer Demonstration vor dem Landeshaus in Kiel ein. Zu der Kundgebung unter dem Titel "Gemeinsam für eine neue, faire Agrarpolitik in Schleswig-Holstein" erklären der agrarpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Lothar Hay, und die agrarpolitische Sprecherin der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament, Ulrike Rodust:

Ab 2014 muss die Gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union (GAP) eine neue Richtung einschlagen und stärker an ökologischen Maßstäben ausgerichtet sein. Dafür setzen wir uns derzeit bei den Verhandlungen zur Reform der GAP in Brüssel ein. Wir halten es dabei für dringend notwendig, dass die Agrarpolitik sich den gesellschaftlichen Herausforderungen stellt: Dem Klimawandel, der Erhaltung der Biodiversität und der Ernährungssicherheit.

Während die neue europäische Agrarpolitik von der Landwirtschaft mehr gesellschaftliche Leistungen als nur die Produktion von Nahrungsmitteln einfordert, droht Schleswig-Holstein den Anschluss an die auch von Verbraucherseite geforderte Umstellung zu verpassen. Als einziges Bundesland hat es die dauerhafte Förderung des ökologischen Landbaus eingestellt und wird damit zum bundesdeutschen Schlusslicht.

Im ökologischen Landbau werden nicht nur regionale Lebensmittel von hoher Qualität erzeugt, er verzichtet auch auf chemisch-synthetische Düngemittel und erbringt viele Leistungen im Klima-, Natur- und Bodenschutz. Deshalb stellen Brüssel und Berlin erhebliche finanzielle Mittel bereit, um die ökologische Landwirtschaft zu unterstützen - vorausgesetzt, das jeweilige Bundesland übernimmt einen vergleichsweise geringen Anteil an der Kofinanzierung.

Der ökologische Landbau muss in Schleswig-Holstein wieder dauerhaft gefördert werden. Nicht zuletzt, weil die Erzeugung von Bio-Lebensmitteln ein Wachstumsmarkt ist, an dem nicht beteiligt zu sein Schleswig-Holstein sich nicht leisten darf.